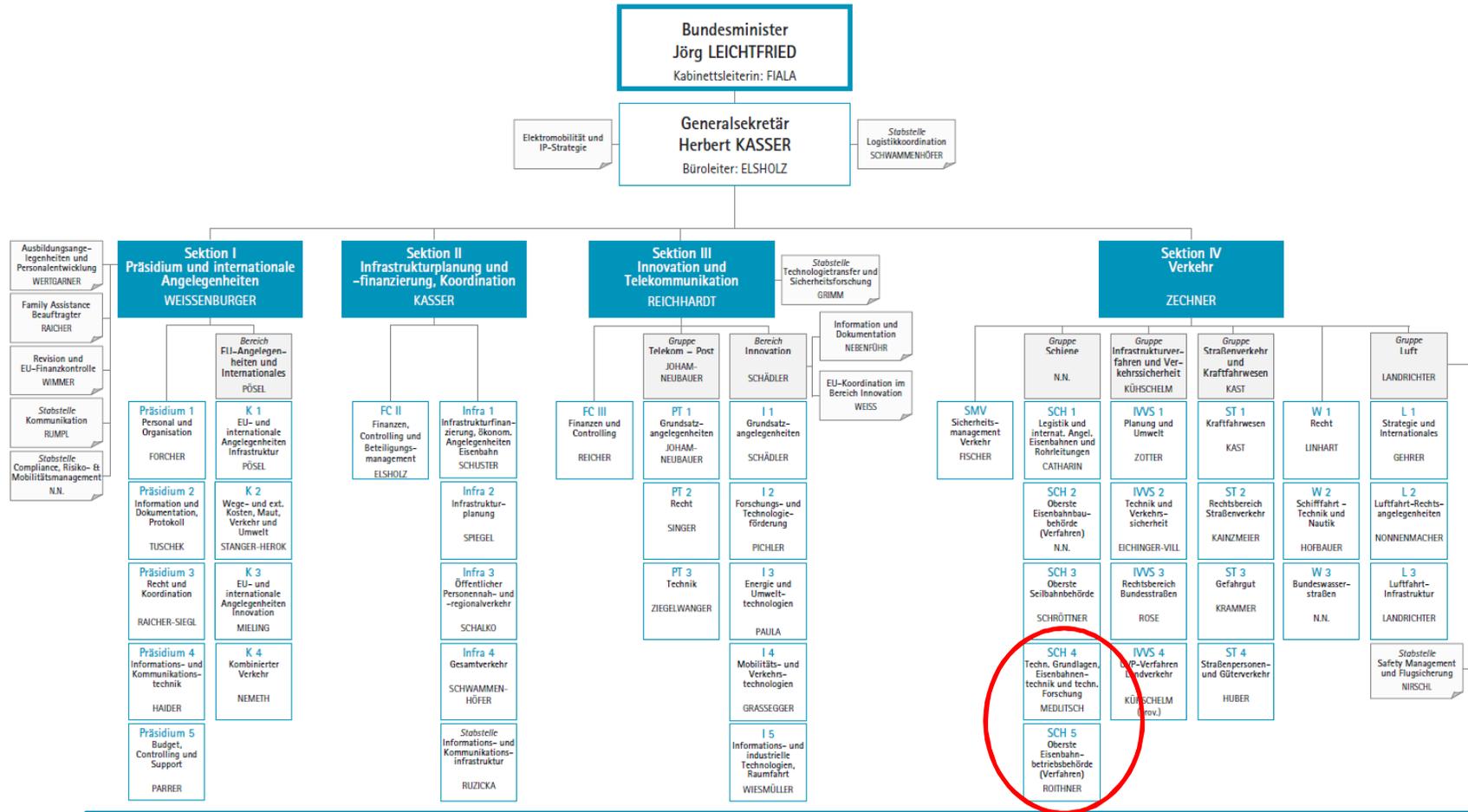


Inklusion im Bereich Schiene – Wann erreichen wir das?

DI Johannes Brunner,
bmvit, Abt. IV / Sch 4, Sch 5
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Tel.: +43 1 711 62 652206
johannes.brunner@bmvit.gv.at

Organigramm des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit)

Stand: 2. Februar 2017



Rechtsgrundlagen

Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz – BGStG

→ Eisenbahnbau- und -betriebsverordnung – EisbBBV

Barrierefreiheit

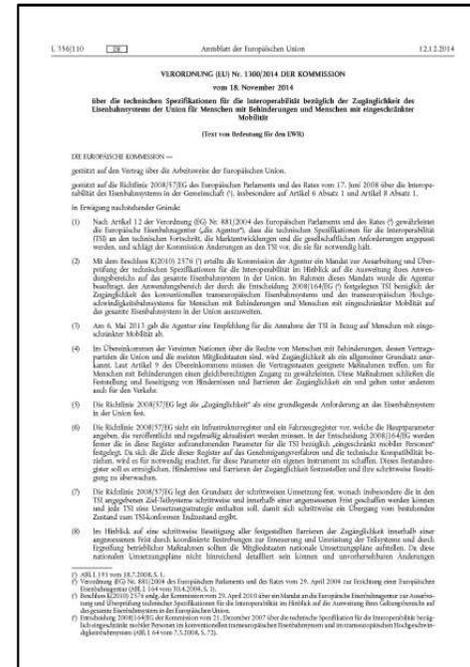
§ 6. *Zu den allgemeinen baulichen und betrieblichen Anforderungen gehören auch **Maßnahmen, welche***

- 1. die **Benützung der Betriebsanlagen und Schienenfahrzeuge barrierefrei im Sinne des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes (BGStG) ermöglichen und***
- 2. **älteren oder gebrechlichen Personen, schwangeren Frauen, Kindern und Fahrgästen mit kleinen Kindern die Benützung der Betriebsanlagen und Schienenfahrzeuge barrierefrei ermöglichen oder erleichtern.***

zB. durch Anwendung **Önorm B 1600 – barrierefreies Planen und Bauen**
(im Sinne Stand der Technik gemäß § 9b Eisenbahngesetz)

TSI PRM - Verordnung (EU) Nr. 1300/2014 der Kommission über die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität bezüglich der Zugänglichkeit des Eisenbahnsystems der Union für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität

→ gültig seit 01.01.2015



Anwendungsbereich TSI PRM

- Anwendung auf **gesamtes Eisenbahnsystem** ausgedehnt (entsprechend Interoperabilitätsrichtlinie 2008/57/EG mit Ausnahmen)

- **national** umgesetzt in § 86 Eisenbahngesetz
 - **Hauptbahnen**
 - **vernetzte Nebenbahnen mit Ausnahmen (Regionalbahnsysteme)**
 - **Anschlussbahnen zu Terminals/Häfen**

regelt Anforderungen für

Infrastruktur

zB. Parkmöglichkeiten, Hindernisfreie Wege, Türen und Eingänge, Toiletten, Fahrkartenschalter, Informations- und Kundenbetreuungsschalter, Beleuchtung, Visuelle Informationen, Gesprochene Informationen, Bahnsteige, Einstiegshilfen auf Bahnsteigen,...

Fahrzeuge

zB. Sitze, Rollstuhlplätze, Türen, Beleuchtung, Toiletten, Kundeninformationen, Höhenänderungen, Handläufe, Rollstuhlgerechte Schlafgelegenheiten, Einstiegshilfen,...

Betriebliche Regelungen

zB. Zugänglichkeit des Bahnhofs, Hilfeleistung beim Ein- und Aussteigen, Zugang und Reservierung von Vorrangsitzen, Mitführen von Begleithunden, Zugang und Reservierung von Rollstuhlplätzen, Hilferufvorrichtungen,...

TSI PRM - Verordnung (EU) Nr. 1300/2014 der Kommission über die technischen Spezifikationen für die Interoperabilität bezüglich der **Zugänglichkeit des Eisenbahnsystems der Union für Menschen mit Behinderungen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität**

nationaler Umsetzungsplan gemäß Artikel 8



Nationaler Umsetzungsplan (Artikel 8)

- Mitgliedstaaten **verabschieden nationale Umsetzungspläne** diese beruhen auf
 - **bestehenden nationalen Plänen (zB. Etappenpläne Verkehr)** und,
 - soweit vorhanden, auf ein **Anlagenverzeichnis** oder
 - anderen einschlägigen und **verlässlichen Informationsquellen**.
- Die Mitgliedstaaten entscheiden über den **Anwendungsbereich und die Geschwindigkeit** der Umsetzung der nationalen Pläne.
- enthalten eine **Strategie einschließlich einer Vorrangregelung mit Kriterien und Prioritäten**
- Diese Strategie wird in **Zusammenarbeit mit Infrastrukturbetreibern, Eisenbahnunternehmen** und, falls nötig, anderen **lokalen Behörden** formuliert.
- haben eine **Laufzeit** von **mindestens zehn Jahren** und werden regelmäßig, mindestens aber alle fünf Jahre, aktualisiert.
- **Repräsentative Benutzerverbände** müssen dazu angehört werden.
- Die **Mitgliedstaaten notifizieren** der Kommission ihre nationalen **Umsetzungspläne**

Anlage C

Inhalt:

Vorgeschriebene Angaben im nationalen Umsetzungsplan

Kontext

- Hintergrund (Zahlen und Fakten — Sozialdaten — Entwicklung der Mobilitätsbedürfnisse und -einschränkungen)
- Rechtlicher Hintergrund
- Methodik für die Ausarbeitung der nationalen Umsetzungspläne (konsultierte Verbände, konsultierte örtliche Verkehrsbehörden, Schnittstellen zu anderen nationalen Umsetzungsplänen usw.)

Aktuelle Situation

- Bestandsübersicht: Bahnhöfe
- Bestandsübersicht: Fahrzeuge
- Bestandsübersicht: Betriebliche Regelungen

Strategiebestimmung

- Vorrangregelung
- Kriterien, nach denen Teilsysteme in dem Plan behandelt werden

Technische und betriebliche Mittel

- Umfang der Umrüstung oder Erneuerung von Bahnhöfen und Fahrzeugen
- Alle sonstigen Arbeiten zur Beseitigung von Zugangsbarrieren, die nicht unter Artikel 20 der Richtlinie 2008/57/EG fallen
- Einsatz betrieblicher Maßnahmen (Hilfeleistung) als Ausgleich für noch bestehende Zugangsbarrieren

Finanzierung

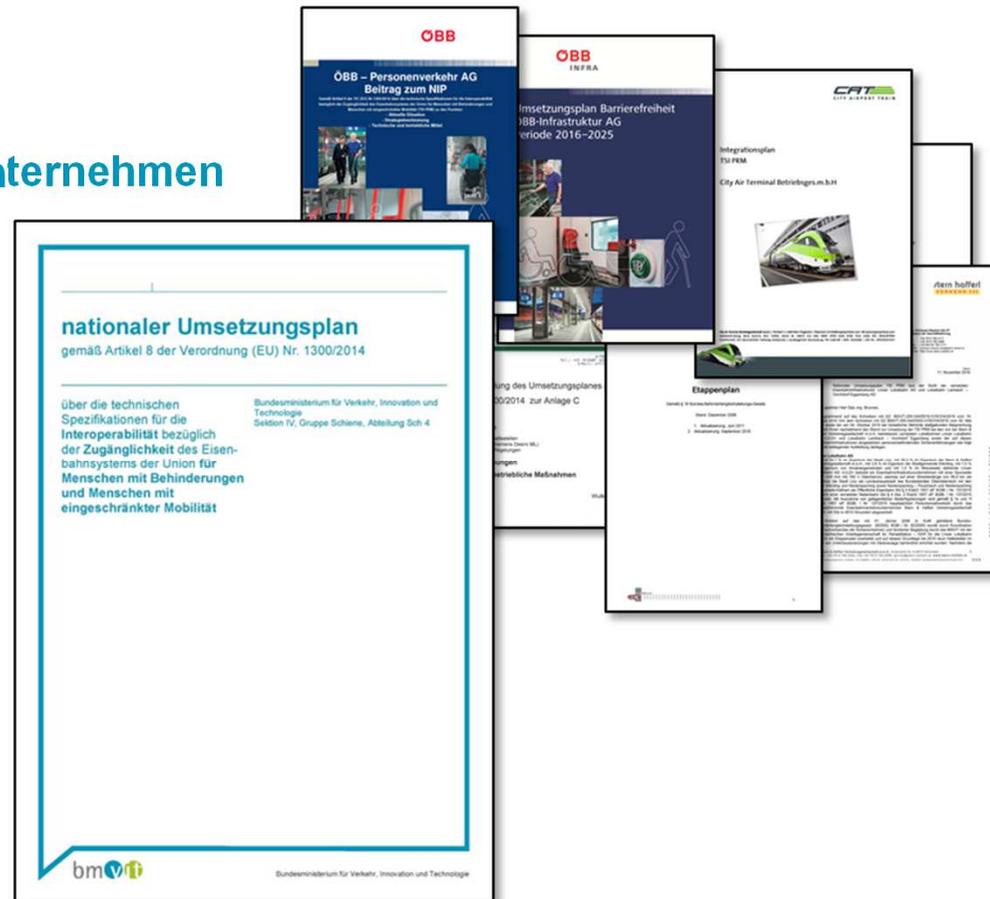
- Verweise auf vertragliche Vereinbarungen (Artikel 30 der Richtlinie 2012/34/EU ⁽¹⁾) und öffentliche Dienstleistungsaufträge (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ⁽²⁾)
- Sonstige Ressourcen

Folgemaßnahmen und Feedback

- Aktualisierung des Anlagenverzeichnisses und Zielabgleich
- Aktualisierung des Plans

derzeitiger Stand:

Erstellung Entwurf nationaler Umsetzungsplan mit Beiträgen der Eisenbahnunternehmen



nächster Schritt:

Anlagenverzeichnis (Artikel 7)

- Jeder **Mitgliedstaat** gewährleistet, dass ein **Anlagenverzeichnis** erstellt und umgesetzt wird, um
 - **Zugänglichkeitsbarrieren festzustellen,**
 - den Nutzern **Informationen bereitzustellen,**
 - die **Fortschritte** auf dem Gebiet der Zugänglichkeit **zu überwachen und zu bewerten.**
- Empfehlungen der **Europäischen Eisenbahnagentur** bezüglich der **Mindeststruktur, Inhalte und Zeitplan**

**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

DI Johannes Brunner,
bmvit, Abt. IV / Sch 4, Sch 5
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Tel.: +43 1 711 62 652206
johannes.brunner@bmvit.gv.at
www.bmvit.gv.at